

Dienstag, 11. Januar

1887. — 40. Jahrgang.

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6.75 M., für das deutsche Reich und ganz Oesterreich 9. M., incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (8), Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

# National-Zeitung.

Inserate. — Die Beilage: Morgen-Ausgabe 4-gespaltig 40 S. Colonne resp. deren Theile 300 M. u. f. w. Abend-Ausgabe 3-gespaltig 60 S. — Retarre 3-gespaltig 1 M. 50 S. — Schwere 450 M. u. f. w.

## Deutscher Reichstag.

18. Sitzung vom 11. Januar.

12 Uhr. Am Bundesrathstische: Brunsart von Schellenburg, von Boetticher, Dr. von Goltz, später Reichskanzler Fürst Bischoff u. A.

Haus und Tribünen sind voll besetzt.

Das Haus tritt in die zweite Lesung des Gesetzentwurfs betr. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres.

§ 1 lautet in der Fassung der Vorlage:

In Ausführung der Artikel 57, 59 und 60 der Reichsverfassung wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Mannschaften für die Zeit vom 1. April 1887 bis zum 31. März 1894 auf 468 409 Mann festgesetzt. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung.

Hierzu liegen folgende Anträge vor:

A. I. Dr. Freilich, Schenk v. Stauffenberg principaliter: § 1 lautet in der Fassung:

In Ausführung der Artikel 57, 59 und 60 der Reichsverfassung wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Mannschaften für die Zeit vom 1. April 1887 bis zum 31. März 1890 auf 441 200 Mann festgesetzt. Für die Zeit vom 1. April 1887 bis zum 31. März 1888 kann eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke auf 454 402 Mann eintreten. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung.

Die ordentliche Rekruteneinstellung bei der Infanterie erfolgt im Januar, sofern nicht bei der Etatsfestsetzung ein früherer Einstellungstermin vereinbart wird.

II. Eventualiter für den Fall der Ablehnung des Antrags sub I: in § 1 der Regierungsvorlage:

a. statt „31. März 1894“ zu setzen: 31. März 1890;

b. in Zeile 4 vor dem Worte „auf“ zu setzen: „bis“.

III. B. Richter: Für den Fall der Ablehnung des Antrags sub I: in § 1 der Regierungsvorlage eventuell folgenden Zusatz anzunehmen:

„Die ordentliche Rekruteneinstellung bei der Infanterie erfolgt im Januar, sofern nicht bei der Etatsfestsetzung ein früherer Termin vereinbart wird.“

C. Abg. Graf Balkeström, Frhr. v. u. zu Frankenheim, Geiger, Dr. Rausang, Dr. Windthorst, den § 1 in folgender Fassung anzunehmen.

Zur Ausführung der Artikel 57, 59 und 60 der Reichsverfassung wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Mannschaften für die Zeit vom 1. April 1887 bis zum 31. März 1890 auf 441 200 Mann festgesetzt. Für die Zeit vom 1. April 1887 bis zum 31. März 1888 kann eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke auf 468 409 Mann eintreten. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung.

D. Abg. Bayer beantragt, den Eventualantrag Stauffenberg nur auf ein Jahr anzunehmen.

Reizent Abg. Frhr. von Suene: Ich kann auf den Ihnen vorliegenden Bericht der Kommission verweisen. Ueber § 1 hat in der Kommission eine Verständigung nicht stattgefunden. Es sind nun eine Reihe Anträge eingeleitet, welche einen § 1 der Vorlage herstellen wollen. Ich kann zu diesen Anträgen konstatieren, daß ich nicht befugt bin, zu ihnen im Namen der Kommission Stellung zu nehmen, da die Kommission zu keiner Vereinbarung über sie gelangt ist. Ich kann nur kurz referieren, was in der Kommission über die betreffenden Anträge bereits verhandelt ist und auch hiermit auf Stellen des gedruckten Berichts verweisen. Die Anträge Stauffenberg und Balkeström lagen inhaltlich bereits der Kommission vor, der Eventualantrag Stauffenberg hat der Kommission zwar noch nicht als solcher vorgelegen, ist aber dort als geeigneter Boden einer Verständigung bezeichnet worden. Nur der zweite Eventualantrag des Abg. v. Stauffenberg ist in der Kommission nicht gestellt worden, ebenso nicht der Antrag des Abg. Bayer auf einjährige Dauer der zu bewilligenden Friedenspräsenzstärke. Sollte in der zweiten Beratung eine Verständigung zu wenig wie in der Kommission zu Stande kommen, so würde dadurch der jetzige § 2 zum § 1 werden, und es würde dann nur ein Gesetz über die Formation des Heeres vorhanden sein, während die Friedenspräsenzstärke lediglich durch den Etat festgesetzt werden müßte. Das ist in der Kommission von keiner Seite erstrebt worden, es würde aber keineswegs einen Konflikt ergeben.

Ueber die zu der Vorlage eingegangenen Petitionen referiert

Abg. Dr. Wuhl (nassau): Von den in Bezug auf die Militärvorlage eingegangenen Petitionen sind 7 gegen die Vorlage gerichtet; sie wenden sich hauptsächlich gegen die Vermehrung der Militäraufstellungen, welche sie für nicht vereinbar mit der wirtschaftlichen Lage halten, und verlangen, daß eine vermehrte Rekruteneinstellung kompensiert werde durch eine verkürzte Dienstzeit. Es ist eine zweite Reihe von Petitionen für die Militärvorlage eingegangen, d. h. für die möglichst rasche und unterstützte Bewilligung der ganzen von der Regierung gestellten Forderungen, in einer Anzahl von 798 mit 119 574 Unterschriften. Dies war die Zahl der Petitionen gestern Abend. Seit der Zeit sind weitere eingegangen, die jedoch noch nicht registriert sind. Von diesen Petitionen stammen 688 mit ca. 52 000 Unterschriften aus Württemberg. Ich hatte schon in der Kommission Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß die württembergischen Petitionen aus den verschiedensten Wahlkreisen Württemberg's stammen. Außer den württembergischen Petitionen sind hauptsächlich eine Anzahl aus dem Königreich Sachsen und aus der Provinz Sachsen eingeleitet. Bedeutendere Petitionen mit vielen Unterschriften sind eingegangen aus Pforzheim mit 2400 Unterschriften, Chemnitz mit 7418 Unterschriften, Bechum mit 2300, Halle und Umgegend über 10 000, Erfurt 4800, Leipzig 7596 und Mühlhausen 12000. Außer diesen Petitionen, die mit Unterschriften versehen sind, sind noch eine Reihe eingeleitet von Versammlungen, wovon angenommen wurde, daß Mitglieder verschiedener Parteien anwesend seien. Es findet sich unter den Resolutionen öfter die Behauptung, daß sie von Mitgliedern verschiedener Parteien angenommen seien. Was den vom Abg. Freilich von Suene in der Kommission gestellten und von dem Abg. Dr. Reichsperger wieder aufgenommenen Antrag über die Befreiung der Theologen vom Militärdienst betrifft, so sind bis jetzt 55 Petitionen mit 502 Unterschriften von protestantischen Pastoren und Studirenden der evangelischen Theologie eingegangen, die gegen die Befreiung vom Militärdienst protestieren. Diesen Petitionen haben sich angeschlossen die Studirenden der Theologie von der Universität Bonn. Die Kommission beantragt, die Petitionen durch die zu fassenden Beschlüsse für erledigt zu erklären.

Abg. von Wolff: Meine Herren! Niemand von uns täuscht sich wohl über den Ernst der Zeit, in welcher wir uns befinden. Alle größeren europäischen Regierungen treffen eifrigste Vorkehrungen, um einer ungewissen Zukunft entgegenzugehen. Alle Welt fragt sich: werden wir den Krieg bekommen? Nun, meine Herren, ich glaube, daß kein Staatslenker freiwillig die ungeheure Verantwortung auf sich nehmen wird, die Brandfackel in den Händen zu halten, welcher mehr oder weniger in allen Ländern angezündet ist. Starke Regierungen sind eine Bürgschaft für Frieden. Aber die Volkseigenen, der Chirurgen der Parteien, die durch Schrift und Wort misgelenkte öffentliche Meinung, das Alles, meine Herren, sind Elemente, welche stärker werden können als der Wille der Regierungen; haben wir doch erlebt, daß selbst Vörseninteressen Kriege entzündeten. Wenn nun in dieser politischen Spannung irgend ein Staat in der Lage ist, für die Fortdauer des Friedens zu wirken, so ist es Deutschland, welches nicht direkt in den Fragen befangen ist, welche die übrigen Mächte anregen; Deutschland, welches seit dem Besitze des

Reiches gezeigt hat, daß es seinen Nachbarn angreifen will, wenn es nicht von ihm selbst dazu gezwungen wird.

Aber, meine Herren, um diese schwierige, vielleicht undankbare Vermittlerrolle durchzuführen, muß Deutschland stark und kriegsgerüstet sein. (Bravo! rechts.) Werden wir dann gegen unsern Willen in den Krieg verwickelt, so haben wir auch die Mittel, ihn zu führen. Würde die Forderung der Regierung abgelehnt, meine Herren, dann glaube ich, haben wir den Krieg ganz sicher. (Hört! hört! rechts.)

Es ist ja nun erfreulich und wird seine Wirkung nach außen nicht verfehlen, daß von den großen Parteien dieses Hauses keine ist, welche ungeachtet mancher verschiedenen Ansichten in inneren Angelegenheiten der Regierung die Mittel verweigern wird, welche sie nach gewissenhafter Erwägung von uns für die Verteidigung nach außen fordert: nur über die Zeitdauer der Bewilligung und die Ansichten sehr abweichend von einander. Da möchte ich nun nochmals daran erinnern, daß die Armee niemals ein Dilemma sein kann. (Sehr richtig! rechts.) Die Armee ist die Vorbedingung aller Institutionen in jedem Lande; denn sie allein ermöglicht das Bestehen aller übrigen Einrichtungen (sehr richtig! rechts), alle politische und bürgerliche Freiheit, alle Schöpfungen der Kultur, die Finanzen, der Staat steht und fällt mit dem Meer. (Sehr richtig! rechts.) Meine Herren, Bewilligungen auf kurze Frist, sei es auf ein, sei es auf drei Jahre, helfen nicht. Die Grundlage jeder tüchtigen militärischen Organisation beruht auf Dauer und Stabilität; neue Kodizes werden erst wirksam im Verlauf einer Reihe von Jahren. Meine Herren, ich glaube, ich darf sagen, daß heute die Armeen Europas auf diese Veranlassung gerichtet sind (sehr richtig! rechts), auf die Bewilligung, welche Sie in einer so hochwichtigen Angelegenheit fassen werden. Ich wende mich an Ihren patriotischen Sinn, wenn ich Sie bitte, die Regierungsvorlage unverändert und unverändert anzunehmen. Zeigen Sie der Welt, daß das Volk und die Regierung einig sind, und daß Sie, meine Herren, bereit sind, jedes Opfer, auch das Opfer einer abweichenden Ansicht zu bringen, wenn es sich um die Sicherung des Vaterlandes handelt. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. Frhr. v. Stauffenberg (dfr.): Ich möchte zunächst bemerken, daß der Eventualantrag, den ich für den Fall der Ablehnung meines Antrags unter I. gestellt habe, auch gestellt sein soll für den Fall der Ablehnung des Antrags Balkeström und bitte den Herrn Präsidenten, bei der Abstimmung darauf Rücksicht zu nehmen. Mit dem hochbereiten Vorredner bin ich ganz ungeteilt und vollständig darin einverstanden, daß wir das, was wir nach gewissenhafter Prüfung für die Wehrhaftigkeit des deutschen Vaterlandes für notwendig halten, ohne weitere Rücksicht zu bewilligen haben. Darüber kann unter denjenigen Abgeordneten, denen die Wohlthat des Vaterlandes am Herzen ist, gar keinen Augenblick ein Zweifel sein. Dieser Standpunkt ist im Hause und in der Kommission vom ersten Augenblick der Verhandlungen an auch unverändert festgehalten worden. Er konnte nicht mit deutlicheren Worten gekennzeichnet werden, als denen des Abg. Richter, der in der ersten Lesung dieser Vorlage ausdrücklich konstatirt hat, daß man über die Hauptfrage einig sei, und daß es verhältnismäßig nur wenige Punkte seien, über die noch ein gewisses Dunkel schwebt, welches durch die Verhandlungen aufgeklärt werden solle. Nun sind wir alle mit dem ernsthaften Bestreben in diese Verhandlungen gegangen, dem Vaterlande das zu geben, was es absolut bedarf. Aber auch dieser Vorlage gegenüber, von der ich ganz genau weiß, wie groß und wie schwer die Verantwortlichkeit jedes Einzelnen, nicht bloß jeder Partei in diesem Hause bezüglich seines Votums ist, sind wir einer ernsthaften Prüfung keinen Augenblick entzogen. Wir haben trotz des Vertrauens, welches in den weitesten Kreisen der Nation zu dem kaiserlichen Kriegsherrn und zu der bewährten Leitung unserer Armee unzweifelhaft und mit volstem Recht gehegt wird, die ernsthafte Verpflichtung als Abgeordnete genau die Nothwendigkeit dieser Vorlage zu prüfen. Ueber diese ernsthafte Prüfung war man, als die Vorlage eingebracht wurde, als die ersten Berichte über die in derselben verlangten Ziffern ins Publikum kamen, im Ganzen viel einig als im gegenwärtigen Augenblick. Selbst konservative Organe haben mit großer Entschiedenheit betont, daß der Reichstag eine so schwere Belastung nur dann vornehmen könne, wenn er sich nach allen Richtungen hin überzeugt habe, daß sie absolut nothwendig ist. Diese Nothwendigkeit darzulegen waren die Kommissionenberhandlungen bestimmt, und über diese hat sich, wie stets über Verhandlungen über technische Fragen, nach und nach wirklich ein gewisser Mythos gebildet. Gibt es doch Leute, welche die Kommissionenberhandlungen der Fruchtlosigkeit und der Willkür gegenüber einer großen nationalen Frage beschuldigen. So darf nicht auf das Zeugnis sämtlicher Mitglieder der Kommission sowie der Vertreter der Kriegsverwaltung selbst blicken, daß dies absolut nicht wahr ist. Wir haben in der Kommission nicht allein die einzelnen Ziffern genau geprüft. Wir haben, nachdem in den Motiven der Vorlage und in dem uns vorgelegten Material die Vertreter der Kriegsverwaltung selbst eine wenigstens mit entscheidende Bedeutung auf die Richtigungen der bewährten Staaten gelegt haben, uns der genauen Diskussion dieser Ziffern nicht entziehen können. Ich würde auf diese Ziffern, wenn ich nicht von der Militärverwaltung selbst mit in die erste Reihe gestellt worden wäre, keinerlei entscheidendes Gewicht gelegt haben. Die Untersuchung über derartige Ziffernmateriale ist außerordentlich schwierig, und man wird kaum jemals, besonders wenn man von entgegengekehrten Bräunissen ausgeht, zu vollständiger Uebereinstimmung und Klarheit kommen. Selbst wenn es möglich wäre, die Ziffern zu vergleichen, so ist es doch unmöglich, die Ziffern in ihrem eigentlichen Werthe zu vergleichen; denn ob eine Ziffer in Rußland oder in Frankreich denselben Werth hat, wie bei uns in Deutschland, ist eine wohl anzunehmende Frage, über die wohl auch die Militärverwaltung eine eigene Meinung hat, die nicht weit von der meinigen abweicht. Ich betone aber noch ein Weiteres. Die europäischen Kulturstaaten befinden sich gegenwärtig in einer wahrhaft trostlosen Verfassung in Bezug auf ihre militärische Lage. Man rechnet sich gegenseitig jeden Mann, jede Kompagnie, jedes Bataillon nach, jede Steigerung ruft auf der einen Seite eine Steigerung hervor. Dieses gegenseitige Heraufsteigern muß zu Unzulänglichkeiten führen, wofür ich mich auf die Worte des hochbereiten Vorredners bei der ersten Lesung dieser Vorlage berufe. Was absolut ein Eingehen auf die Vorlage selbst Nothwendigkeit erfordert hat, war, ganz abgesehen von diesem Ziffernmateriale, die allgemeine Unklarheit der politischen Lage. So lange der Reichskanzler noch nicht gesprochen hat, ist es unmöglich auf diese Frage einzugehen, und derjenige, der dazu verurtheilt ist, das erste Wort in diesem Hause zu sprechen, ist in einer sehr übeln Lage gegenüber diesen Verhältnissen. Wir haben die Meinung von dem außerordentlich entscheidenden Werth, der von anderer Seite auf die Erläuterungen über die politische Lage gelegt worden ist, kaum gehegt; wir haben uns von vorn herein sagen müssen, daß es Erläuterungen zur Zeit der Kommissionenberhandlungen — ob es jetzt anders ist, weiß ich nicht — kaum gegeben werden konnten; und das Beispiel, das in der österreichischen Delegation vorher gegeben war, war nicht geeignet, und ganz besondere Dinge erwarten zu lassen. Ich will auf diese Seite hier nicht näher eingehen und will nur betonen, daß wir des Ernstes und der Schwere der gegenwärtigen Situation, welche ganz unzweifelhaft eine schwierigere ist, als sie je bei einem uns vorgelegten Gesetze gewesen ist, vollständig bewußt sind. Es handelt sich bei der Vorlage, das haben wir mehr als einmal gehört, nicht um eine Abwehr einer aktuellen Kriegsgefahr — sonst würde, wie uns gesagt worden ist, die Vorlage

einen ganz anderen Charakter angenommen haben — sondern um eine dauernde Einrichtung, welche einer politischen Lage gegenüber getroffen wird, von der wir uns selbst sagen müssen, daß sie von heute auf morgen eine andere nicht werden wird. Aber gerade daraus, weil es sich um eine dauernde Belastung handelt, müssen wir um so notwendiger ruhig und genau die einzelnen Positionen prüfen.

Wir haben nun in der Kommission zunächst die einzelnen Reformationen, welche die Regierung vorgeschlagen hat, ausnahmslos genehmigt; ferner sind temerär bewilligt die Reformationen für die 16 Bataillone. Ich betone also, daß nach den Intentionen und den Beschlüssen der Kommission alle Reformationen — und gerade diese sind ja wegen der gegenwärtigen politischen Situation als absolut nothwendig gefordert worden — dauernd bewilligt worden sind. Was die 16 Bataillone betrifft, so hat es damit eine andere Bewandniß, als mit den dauernd bewilligten Reformationen, und ich kann mich dafür auf keine bessere Autorität berufen, als auf den Herrn Kriegsminister selbst, der in der Kommission in gewissem Sinne zugegeben hat, daß die Einrichtung einer Art provisorischen Charakters habe und daß sie hervorgegangen sei aus der Nothwendigkeit eines vermehrten Trains. Wenn wir nicht selbständig vorgehen aus Rücksicht der Sparhaftigkeit, so kann augenblicklich nicht übersehen, ob es möglich ist, die Vermeidung der vierten Bataillone hier weiter zu erörtern; ich enthalte mich darum jeder Meinung. So viel ist aber eben aus den Verhandlungen des Kriegsministers und unabweislich hervorgegangen, daß diese 16 Bataillone nur eine Art provisorischen Charakters haben sollen. Aus diesen Verhandlungen müßten wir zu der absoluten Annahme kommen, daß diese Reformationen sich wesentlich und principiell auf anderer Linie bewegen, als jene Hauptformationen, welche nach den Beschlüssen der Kommission dauernd bewilligt worden sind; und eben dieses andere Charakters wegen ist man bei diesen 16 Bataillonen auf temporäre Bewilligung eingegangen, und die Folge davon ist auch die Theilung der Friedenspräsenzstärke in zwei Hälften, wobei die Frage, ob der eine Theil auf 1 Jahr oder auf 3 Jahre bewilligt werden soll, eine untergeordnete und keineswegs principielle ist. Wir waren also in diesem Falle vollkommen zu unserem Vorgehen berechtigt. Denn wenn die Bewilligung anderer gewesen wäre, so würde ich ebenso gegen die provisorische Bewilligung gewesen sein, wie ich gegen die provisorische Bewilligung der anderen Reformationen gewesen bin. Wir haben also aus diesem ganz bestimmten Grunde einen Unterschied in der Bewilligung gemacht, und es ist mir absolut unerfindlich, wie man daraus irgend welchen Vorwurf gegen die Kommission herleiten will, als ob sie nur mit einem Auge bestraft gewesen sei, die Wehrhaftigkeit der Nation zu schmälern oder mühsamer zu machen. Wenn man den Standpunkt des ersten Septennats zu Grunde legt, so ist die Zahl der Bataillone um 49 und die Zahl der Batterien um 65 gewachsen; eine Vermehrung, welche, wie ich ausdrücklich konstatieren will, in diesem hohen Hause bis auf den heutigen Tag einen ernsthaften Widerspruch nicht erfahren hat. Man kann dem Reichstage unzweifelhaft den Vorwurf nicht machen, daß er hinter dem zurückgeblieben sei, was die Regierung im Interesse unserer Wehrhaftigkeit für nothwendig erachtete.

Ich komme zu dem § 1 meines Antrags, welcher schon in der Kommission gestellt worden ist. Derselbe enthält eine etwas kleinere Ziffer, nämlich statt einer Erhöhung auf 468 409 Mann nur eine Erhöhung auf 441 200 Mann. Die Erhebung bezieht sich nur auf eine verhältnismäßig unbedeutenden Theil der Regierungsvorlage, sie bezieht sich nicht auf die Reformationen, sondern auf die Verstärkung der zerstreuten Bataillone. Diese Bataillone sollen nach der Regierungsvorlage vermehrt werden um 12 Mann. Bei der Behandlung dieser Frage in der Kommission bezog sich das einzige, was über diese Vermehrung gesagt wurde, eigentlich auf die Forderung der Erhöhung der Friedenspräsenzstärke nach dem Prinzip von einem Prozent der Bevölkerung. Als im Jahre 1880 das Septennat festgesetzt wurde, war in der Regierungsvorlage eine Erhöhung der Präsenz nach dem Satz von 1 Prozent enthalten. Ich war damals nicht in der Kommission, aber ich entnehme aus dem Kommissionsbericht und aus den Protokollen, daß auch damals auf Seiten derjenigen, welche vollständig auf der Seite der Regierung standen, sehr wesentliche Bedenken obwalteten, das Prinzip der Vermehrung auf 1 Prozent der Bevölkerung zu bewilligen, und daß 1 Prozent gestrichen und die entsprechende Ziffer so eingelegt wurde, was ja doch gar keinen anderen Zweck haben konnte, als den, daß das Prinzip der Vermehrung der Friedenspräsenz nach dem Wachsen der Bevölkerung nicht Platz greifen sollte. Nun hat uns die neuere Vermehrung den Eindruck machen müssen, als ob die Militärverwaltung sagen will: Wir vermehren jetzt principiell das Heer auf 1 Prozent der Bevölkerung, und das, was bei Ausfüllung der bestehenden Reformationen übrig bleibt, wird für andere Reformationen verwendet. Nicht militärische Rücksichten sind es also, sondern lediglich rechnungsmäßige, welche die Vermehrung der einzelnen Bataillone fordern. Denn wie man auf einem anderen Wege zu diesen Ziffern kommt, ist mir vollständig unklar; ich habe daher eine niedrigere Ziffer in meinem Antrage vorgeschlagen. Was den zweiten Theil meines Antrags betrifft, so hatten wir bis zur Festsetzung der zweijährigen Dienstzeit die Ausdehnung der Rekrutenvorlage beantragt. Nun ist uns von Seiten der Militärverwaltung gegen den materiellen Inhalt dieses Antrags sehr viel eingewendet worden. Wir haben diesen Bedenken so weit Rechnung getragen, daß wir den Eingang unseres Antrags weggelassen haben. Wir sind dann in der Kommission für eine mögliche Gleichrichtung der Dienstzeit eingetreten; gegenüber der ganzen Tendenz der Vorlage, die Dienstzeit hinauszulassen und hinauszulassen, schien uns ein solches Gegengewicht absolut nothwendig. Der Kriegsminister hat sich dagegen verwahrt, daß er die Wehrhaftigkeit, die gesellschaftliche Wehrhaftigkeit (der Reichskanzler Fürst Bischoff bezieht den Satz), aber es handelt sich doch zunächst um die faktische Dienstzeit, bei der nach der Vorlage eine Verlängerung folgen muß in einem größeren Umfange, als es bisher der Fall gewesen ist; die Frage der Verkürzung der Dienstzeit wollen wir hier nicht zu einer Vergrößerung machen, auf der wir uns reinen Parteirücksichten bedienen. Aber die Anzahl der Tausende, welche dadurch persönlich getroffen werden, ist so außerordentlich groß, und wie schwer die Länge der Dienstzeit empfunden wird, weiß Jeder, der die Dinge genau betrachtet hat. Die öffentliche Meinung geht dahin, daß es absolut nothwendig ist, eine Erleichterung zu schaffen. Ich will nur auf einen Punkt hinweisen, über den ich persönliche Erfahrungen gesammelt habe, wenigstens in einzelnen Erwerbszweigen: der Druck der gegenwärtigen Länge der Dienstzeit wird immer stärker empfunden, je weiter Sie das Rekrutencontingent ausdehnen, und je länger die Leute durch den Dienst beansprucht werden. Dieses mag für die von geringerer Bedeutung sein, welche sich für denselben nicht eine bestimmte Fertigkeit aneignen brauchen; für alle anderen aber, denen eine solche Fertigkeit für ihr Gewerbe nöthig ist, sind die allerschwersten Rücksichten mit dem Dienst verbunden. Der Mann kommt zur Truppe in einem Stadium, wo er sich diese Fertigkeit noch nicht ganz angeeignet hat; er bleibt eine Reihe von Jahren bei der Truppe, dann kehrt er zu seinem Berufszweig zurück, und zwar anders, als er herübergegangen ist. Er kommt vor allen Dingen in den allerersten Fällen mit dem Willen zurück, etwas neu zu lernen, was er verlernt hat. Die große Anzahl schlecht ausgebildeter Handwerksgehilfen, über welche zur Zeit so viel gesagt wird, wird nicht mit Unrecht von vielen Seiten auf diese Verhältnisse zurückgeführt. Nun weiß ich sehr wohl, daß diesen Dingen nicht absolut abgeholfen werden kann, aber die Verhältnisse sind auf einem gewissen Grade vermindert worden. Wie wünschen dies,



nicht aus Parteirücksichten, sondern im Interesse unseres Handels steht.

Sie kommen nun auf die Frage, welche gegenwärtig den Schwerpunkt unserer Verhandlungen bilden. Nach den ersten Verhandlungen, welche nach Einbringung der Vorlage stattfanden, mußte man annehmen, daß die Forderung der Vorlage eine verhältnismäßig untergeordnete Bedeutung habe und diese Meinung wurde von beiden Seiten des Hauses geteilt. Ich muß hier auf einen Satz in den Motiven zurückgreifen, in welchem es heißt: „Es erscheint geboten, mit den entsprechenden Maßregeln nicht bis zum Ablauf der Dauer des gegenwärtig gültigen Gesetzes zu warten. Allerdings zeigt sich hier, daß eine Vertheilung von sieben Jahren nicht unter allen Umständen für die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft maßgebend sein kann, aber andererseits läßt sich doch aus der gegenwärtigen Lage kein Grund entnehmen, einer neuen Gesetzesvorlage von Hause aus eine geringere Gültigkeitsdauer als sieben Jahre nicht für statthaft gehalten wird. Wir haben bisher eigentlich nie ein Septennat gehabt, sondern immer nur ein Sextennat, denn jedesmal nach sechs Jahren hat eine Neubildung stattgefunden. Was das Septennat betrifft, so muß ich doch auf die Verhandlungen kommen, bei welchen das Septennat im Jahre 1874 zuerst in diesem hohen Hause angenommen ist. Die Regierung hatte beantragt, die Präsenzgelder bis zu „anderweitiger gesetzlicher Regelung“ festzustellen. Dagegenüber war es eine sehr starke Konzeption, wenn der Reichstag das Septennat beschloß; dadurch sind die ferneren Vorlagen und auch die gegenwärtige auf sieben Jahre festgelegt worden. Weil man nun das Gesetz mit einer gewissen Regelmäßigkeit eingebracht hat, darf man die sieben Jahre doch nicht als feste Reichsdisposition ansehen. Aus den Verhandlungen im Jahre 1880 ging dies auch hervor. Was den Werth eines Aternats gegenüber einer temporären Bewilligung betrifft, so birgt die letztere außerordentlich keine Gefahr, denn es wird niemals der Fall eintreten, daß ein Reichstag an der feststehenden Präsenzgelder auch nur zu rüfeln versuchen möchte; aber es enthält auch keinen Vortheil, denn behufs Vermehrung der Präsenzgelder müßte die Reichsregierung auch im Zustande des Aternats die Bewilligung nachsuchen. Nun hat Herr Graf Moltke gesagt, es handle sich bei der Frage um eine Institution, welche für ihre Wirksamkeit der Dauer bedürfe. Nun, dieser Gedanke ist doch bereits durchgeführt, wenn wir die Bewilligung eines Provisoriums auf 3 Jahre ausprechen wollen. Die beantragten 7 Jahre sind an sich dasselbe Provisorium, wie das auf 3 Jahre, nämlich eine temporäre Bewilligung. Die Erfahrung hat nun gezeigt, daß, je länger der Zeitraum ist, der zwischen zwei Bewilligungen dieser Materie verstreicht, desto größer die Schwierigkeiten sind, welche sich einer Bewilligung auf längere Zeit entgegenstellen. Das schafft Schwierigkeiten für die ganze Politik. Das Beste und Richtige und der für Regierung und Verwaltung vortheilhafteste Zustand wäre durch die jährliche Bewilligung angedeutet und ich bedauere, daß ein solcher Antrag nicht gerade von der konservativen Seite gestellt worden ist; eine Diskussion der Verhältnisse nach Verlauf mehrerer Jahre ist jedenfalls nicht von Vortheil für Land und Volk und deren Stellung zum Ausland. Ich wiederhole zum Schluß, wir sind uns der Verantwortung nach beiden Seiten hin sehr wohl bewußt und gerade dieses Bewußtsein bestimmt unsere Stellungnahme. (Beifall links.)

Herr v. Wedell: Ich habe durch den Vortrager aus § 2 der Vorlage mit in die Debatte gezogen sei und daß er, falls Niemand Widerspruch erhebe, die Diskussion auch auf diesen Paragraphen ausdehne. Es gehe dies nicht, er erörtere daher die Debatte auch über § 2 und den zu demselben gehörenden Antrag der Abg. Grafen v. Bahr-Dehnenhoff und Genossen. § 2 lautet: „Von 1. April 1887 ab werden die Infanterie in 518 Bataillonen, die Kavallerie in 465 Eskadrons, die Feldartillerie in 364 Bataillonen, die Fußartillerie in 31, die Pioniere in 19 und der Train in 18 Bataillonen formirt. Außerdem können von dem gleichen Tage an bis zum 1. April 1888 16 Bataillone Infanterie formirt werden.“

Der Antrag des Abg. Graf v. Bahr u. Gen. (Nationalliberale und Konservative) will die Zahl 518 durch 534 ersetzen und den Schlußsatz von „Außerdem“ abdrücken.

Herr Richter (zur Geschäftsordnung) erhebt dagegen Widerspruch, daß ein solches Verfahren das Haus in eine Zwangslage versetzen würde, die er von vornherein entschieden ablehnen müsse.

Herr v. Wedell: Ich habe bereits konstatirt, daß das Haus mit meinem Vorschlage einverstanden sei; ich erlaube aber gleichzeitig an, daß das Haus jeder Zeit befugt ist, zu beschließen, die Diskussion wiederum zu trennen. Ich würde deshalb den Einspruch des Herrn Abg. Richter als Antrag auffassen müssen, die Verbindung der §§ 1 und 3 in der Debatte wiederum zu trennen.

Herr Richter (zur Geschäftsordnung): In dem Augenblick, wo der Herr Präsident seinen Vorschlag machte, habe ich mich erhoben, um meinen Widerspruch einzulegen. Der Herr Präsident hat aber, ohne irgend eine Pause zu machen, sofort sich dahin geäußert, daß die Verbindung beschließen sei. Es war gar nicht möglich, einen Widerspruch geltend zu machen.

Herr v. Wedell: Ich hatte zu meinem Bedauern nicht bemerkt, daß der Herr Abg. Richter aufgestanden war; ich glaube aber, wie gesagt, daß keine Schwierigkeit vorliegt. Wenn der Herr Abg. Richter den Antrag stellt, so werde ich den Beschluß des Hauses herbeiführen.

Herr Richter (zur Geschäftsordnung): Ich erlaube mir diesen Antrag zu stellen.

Herr Windthorst (zur Geschäftsordnung): Da die Verbindung der beiden Paragraphen als beschlossen verhandelt ist, so halte ich es nicht für erlaubt, diesen Beschluß wieder rückgängig zu machen, wenn ich auch andererseits meine Bedenken gegen eine solche Verbindung hege.

Herr v. Wedell: Ich glaube nun doch, einen Beschluß über den Antrag Richter herbeiführen zu müssen.

Derselbe wird mit großer Mehrheit abgelehnt, die Diskussion erstreckt sich also fernerhin auf die §§ 1 und 2 und die dazu gehörigen Anträge.

Reichstagskanzler Fürst von Bismarck: Die verbündeten Regierungen haben durch diese Vorlage der Uebergangszeit Ausdruck gegeben, daß die Wehrkraft des Deutschen Reiches, sowie sie augenblicklich beschaffen ist, dem deutschen Volke nicht diejenige Bürgschaft für die Vertheidigung des Reichsgebietes gewährt, auf welches die deutsche Nation ein unverletzbares Recht hat. Diese Uebergangszeit der verbündeten Regierungen ist begründet durch das Urtheil, durch das einstimmige Urtheil aller militärischen Autoritäten Deutschlands, Autoritäten, deren Kompetenz überall und ganz anerkannt wird mit alleiniger Ausnahme des deutschen Reichstages. (Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Ich wiederhole durch das einstimmige Urtheil derjenigen militärischen Autoritäten, welche sich der Anerkennung ganz Europas erfreuen, und deren Urtheil nur dasjenige der Herren Richter, Windthorst und Grollenberg entgegensteht. (Widerspruch links.) Bin ich im Irrthum, so müßten die Berichte über die Verhandlungen im Hause unrichtig sein. Ich will mich jedoch nicht weiter darüber auslassen mit Bezug darauf. Es hat sich bisher vorwiegend um militärische Fragen gehandelt. Ich kann in der That nicht absehen, daß diese Herren, die ich soeben nannte, so weit gehen sollten, ihr eigenes Urtheil in militärischen Fragen über das des Reichstages von Moltke zu stellen, über das des Kaisers und über das sämtlicher Mitglieder des preussischen Generalstabes. Ich kann nicht glauben, daß ein noch so einsichtiger und an seine Einsicht glaubender Civilist derartig verfährt. Ich bin also genöthigt, anzunehmen, daß die Herren in ihrer Opposition gegen die Gesetzesvorlage doch noch andere Gründe haben, als die Uebergangszeit, daß ihr militärisches Urtheil das Urtheil anerkannter Autoritäten übersteige. (Widerspruch links.) Aus dem Murren im Hintergrunde müßte ich den Schluß ziehen, daß Sie bei dieser meiner Einleitung etwas ganz anderes veranlaßten, als ich zu sagen beabsichtigte. Ob das ein Zeichen war, daß jemand von der anderen Seite sich getroffen fühlte, will ich dahin gestellt sein lassen.

Sie sehen nun bei den verbündeten Regierungen andere Motive für deren Handlung voraus, als wie das Bedürfnis, unsere bestehende Wehrkraft zu stärken. Es sind in der Presse Klärungen geschehen. Ich hätte die ganze Militär-Vorlage

keinen weiteren Zweck, als unter falschem Vorwand neue verstärkte Geldbewilligungen zu erlangen. Es gehört diese Insinuation unter die Kategorie, in der Preßenspekulation, wie die abenteuerlichen Gerüchte, welche man sie über Nacht ausgebreitet werden, kindisch sofort geglaubt werden. Es ist ein so absurder Gedanke, daß wir mit der Forderung von 20–30 Millionen eine Grundlage für neue, erhebliche Steuererhöhungen gewinnen wollen, daß ich mich gar nicht weiter darauf einzulassen brauche. Was den moralischen Werth solcher Insinuationen betrifft und deren Verbreitung, so mache ich darauf aufmerksam, daß sie ungefähr in gleicher Linie stehen würden, als wenn wir sagen würden, daß der Widerstand gegen die Vorlage nur ausgegangen ist von dem Wunsche, daß Deutschland in dem nächsten Jahre nachschicklich sein möge. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links.) Sie können vielleicht auf diese Frage noch nachher zurückkommen. Ein anderes Motiv für die Verstärkung des deutschen Heeres könnte vielleicht darin gesucht werden, daß dieselbe etwa gewollt aus denselben Gründen, aus denen ein eroberndes und kriegerisches Reich eine starke Armee erhebt in der Absicht, demnächst einen Krieg zu führen, sei es, um bestimmte Zwecke durchzuführen und etwas zu erobern, sei es, das Prinzip des Besten praktisch durchzuführen, das Bedürfnis, sich in die Angelegenheiten anderer Mächte vorwiegend einzumischen, z. B. die orientalische Frage von hier aus zu regulieren. Vergleichen Hefstungen liegen natürlich in diesem Falle vollständig fern. Man braucht nur daran zu denken, wie friedliebend die Politik Seiner Majestät des Kaisers seit 16 Jahren gewesen ist. Se. Majestät der Kaiser hat sich bewogen gefühlt, zwei große Kriege zu führen, aber beide Kriege waren ein uns überkommenes, zwingendes historisches Ereigniß früherer Jahrhunderte. Sie werden die Thatsache nicht bestreiten, daß der göttliche Kasten, unter dessen Beschluß die ganze Rechte Deutschlands lagen, das Recht großer Nationen nämlich, zu leben und zu atmen, nur durch das Schwert gelöst werden konnte. (Sehr richtig! rechts,) und daß auch der französische Krieg nur eine Vertheidigung der kriegerischen Kämpfe bildete, durch welche die Herrschaft der deutschen Einheit, des nationalen Lebens der Deutschen, geschaffen und sichergestellt werden konnte. Wir haben keine kriegerischen Bedürfnisse, wir gehören zu den Staaten, die fürst Metternich als sarmatische Staaten bezeichnete. Und außerdem selbst wenn dies der Fall wäre, klären Sie doch auf die friedliebende Politik — ich sage doch nach dem Ausland hin eben so gut wie hier im Reichstage — der kaiserlichen Politik.

In den letzten 16 Jahren nach dem Frankfurter Frieden war es unser erstes Bedürfnis, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu verewigen, um das deutsche Reich zu konsolidieren. Diese Aufgabe war keine leichte. Im Reichstage selbst ist uns damals vorgehalten worden, das Ergebnis unserer Politik sei eine Situation, in der der Friede höchstens auf vier bis fünf, vielleicht nur drei Jahre gesichert sei. Nun ist es uns aber gelungen, den Frieden seit sechsundzwanzig Jahren zu erhalten. Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, nach Möglichkeit zu verewigen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Desterreich. Diese Macht beherrscht bereits die Friedensverhandlungen zu Violellon im Jahre 1866. Es hat uns seitdem das Bestreben nicht verlassen, die Aufhebung an Desterreich wieder zu gewinnen, die wir vorher nur vorübergehend verloren hatten und die wir in Wirklichkeit jetzt besitzen. (Beifall.) Wir stehen mit Desterreich in einem sicheren, vertrauensvollen Verhältnisse, wie es weder im deutschen Bunde noch in irgendwelchen Verträgen, noch früher im heiligen römischen Reiche jemals der Fall gewesen ist. (Beifall.) Wir haben uns jetzt über alle Fragen, welche seit Jahrhunderten streitig waren, in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Wohlwollen einander geeinigt. In dieser Beziehung ist also jede Forderung beiseite. Es war die Aufhebung mit Desterreich nicht allein das Ziel, welches unserer Friedenspolitik vorstand. Wir erinnerten uns daran, daß die Freundschaft der drei großen östlichen Mächte in Europa dieses über 30 Jahre im Frieden erhalten hat, und zwar in einer Epoche, wo alle diejenigen Momente entstanden sind, die den Wohlstand, den wirtschaftlichen Aufschwung, die gesamte wissenschaftliche und technische Entwicklung Europas gebracht und gefördert haben.

Die Quellen davon liegen in dem Zeitraum, in dem die heilige Allianz aus dem Frieden erhalten hat. Das wird Jedermann einleuchten, der einen Vergleich zieht zwischen unserer wirtschaftlichen Situation, zwischen dem Maß von Wohlhabenheit und zivilisatorischer Entwicklung, das in Deutschland vorhanden war im Jahre 1816 und im Jahre 1866. Der Unterschied ist ein so gewaltiger, wie er kaum je in früheren Jahrhunderten in den letzten Epochen stattgefunden hat. Der Fortschritt zur Wohlhabenheit der Gesamtheit ist ein weit größerer geworden. Ich weiß nicht, ob es uns gelingen wird eine weitere Friedensperiode von derselben Länge, von 30 Jahren herzustellen. Unsere Bemühungen dazu sind aufrichtig. Vor allem brauchen wir dazu ein starkes Heer, das stark genug ist, um unsere eigene Unabhängigkeit ohne jeden Bundesgenossen sicher zu stellen. (Sehr wahr! rechts.) In Anbetracht dieser Wirkungen der früheren Freundschaft der drei großen Mächte haben wir nicht bloß die Aufhebung mit früheren Gegnern, sondern auch die Neugründung der Freundschaft zwischen den jetzigen drei Kaiserthümern als unsere Aufgabe betrachtet. Unsere eigenen Beziehungen zu Rußland waren dabei stets freundliche, unsere Freundschaft mit Rußland hat gar keine Unterbrechung erlitten, und dieselbe ist auch heute über jeden Zweifel erhaben. (Hört! hört! links.) Jeder Gedanke, als ob Rußland durchaus uns angreifen wollte, ist entschieden zurückzuweisen. Von Rußland haben wir weder einen Angriff, noch eine feindselige Politik zu erwarten, und ich kann auch sagen, daß die Bestrebungen der politischen Abgeordneten, die sonst etwa gegen die Stärkung deutscher Macht wider Rußlands Angriffe stimmen würden, nichts von einem russischen Kriege zu erwarten haben, und ich muß der Wahrheit die Ehre geben und sagen: Alle die Motive zu der Vorlage, die man aus unseren Beziehungen zu Rußland hergenommen hat, sind nach meiner politischen Auffassung hinfällig; wir leben mit Rußland in derselben freundschaftlichen Beziehung, wie unter dem hochseligen Kaiser und diese Beziehungen werden unsererseits auf keinen Fall geändert werden. Was hätten wir auch für Interesse daran, mit Rußland Kämpfe zu führen? Unsererseits wird der Friede mit Rußland nicht gestört werden; daß man uns von russischer Seite angreifen werde, glaube ich nicht, auch nicht, daß man nach Bündnissen sucht, um in Verbindung mit anderen uns anzugreifen, oder daß man von Schwärzereien, die wir haben können, Gebrauch machen würde, um uns anzugreifen. Der Kaiser Alexander III. von Rußland hat jeder Zeit den Muth seiner Meinung gehabt, und wenn man in Rußland die freundschaftlichen Beziehungen abbrechen wollte, so wäre er der erste, welcher es sagen würde. Es ist allerdings die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß wir, wie Friedrich der Große im siebenjährigen Kriege, die Erzeugnisse der beiden ersten slesischen Kriege, unsererseits unsere Erzeugnisse nach in einem größeren Kriege zu vertreten haben könnten. Friedrich II. hatte seine Erzeugnisse gegen vertheilte gegen große Koalitionen; seitdem haben sich aber große Veränderungen in den europäischen Konstellationen vollzogen. Wir werden also Handel mit Rußland nicht haben, wenn wir nicht nach Bulgarien gehen, um sie dort zu suchen. (Zustimmung rechts.) Es ist merkwürdig, daß die Presse derselben Partei, welche gegen diese Vorlage ist, vor wenig Monaten alles Mögliche gethan hat, um uns in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln. Ich bin damals ganz erstaunt gewesen, als ich sah, mit welchen leidenschaftlichen Argumenten Zeitungen wie das „Berliner Tageblatt“, „Freisinnige Zeitung“, „Vollzeitung“ und „Germania“, vor allen Dingen aber das „Berliner Tageblatt“ und die „Germania“ (es ist ja immer eines von diesen Blättern die Ueberschreiterin) an anderen in der Besatzung der Regierung für Bulgarien und seinen damaligen Fürsten Rußland gegenüber den Handstreich aufnahmen. So schrieb das „Berliner Tageblatt“: „Wenn die Grundlagen des europäischen Friedens derartig erschüttert sind, daß sie nur durch ein Mittel erhalten werden können, welches die Moral untergräbt, dann ist es die Frage, ob nicht ein gesunder Krieg einem so krankhaften Frieden vorzuziehen sei.“ (Geltet! rechts.) Die „Germania“ war nicht so geradezu, aber sie ist ihrer Natur nach viel schärfer und bitterer gegen die Regierung. Ich muß

betrücks der Zumuthung dieser Presse, daß wir nach Bulgarien laufen sollten, um „dort hinten in der Türkei“, wie man früher zu sagen pflegte, Handel zu suchen, die wir hier nicht finden können, sagen, wie hätten wir denn wegen Landesverrath von Gerichten gestraft zu werden, wäre überhaupt nur einen Augenblick aus dem Gedanken gekommen, mich darauf einzulassen (Beifall rechts und Beifall). Ich kann nicht umhin zu sagen, es hat mich tief bedrückt, ein solches auffallendes Vorkommnis in deutschen Blättern zu finden, um uns zu nöthigen, mit Rußland Krieg zu führen. Als ich diese Demonstrationen zuerst sah, — sie sind zum Theil meinerseits, zum Theil parteiisch — da fiel mir unwillkürlich die Scene aus Hamlet ein, wo ein Schauspieler descommt und Tränen vergießt über das Schicksal von Heluba; er vergießt wirklich künstliche Tränen, und Hamlet sagt — ich weiß nicht, benutzt er einen Ausdruck, der bei uns noch nicht das parlamentarische Bürgerrecht gewonnen hat, nämlich „Schuft“, oder benutzt er ihn nicht — kurz und gut, er sagt: „Was ist ihm Heluba?“ Was sollen diese Demonstrationen heißen; was soll aus Bulgarien? Es ist und vollständig gleichgültig, wer in Bulgarien regiert und was in Bulgarien geschieht. Ich wiederhole Alles, was ich früher in Bezug auf die so oft todtgerückten „Knochen des pommerischen Grenadiers“ gesagt habe: die ganze bulgarische Frage ist für uns keine Kriegesfrage. Wir werden uns das Geißel des Krieges von Niemandem um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu überwerfen. Die Freundschaft Rußlands ist uns wichtiger wie die Freundschaft von Bulgarien und die Freundschaft von allen Bulgarenfreunden bei uns hier im Lande. (Beifall rechts.) Ich kann mich der Hoffnung hingeben, daß es uns jetzt gelungen ist, dahin zu kommen, daß wir weit entfernt sind von der Wahrscheinlichkeit, mit Desterreich oder Rußland Handel zu bekommen. Es liegen gar keine Motive vor, die uns dazu veranlassen könnten. Für uns ist am wichtigsten der Schutz, den der Fremde durch unsere Freundschaft mit diesen beiden Mächten genießt, ich möchte sagen, der Friede wird gesichert durch eine Art Quarte, welches die drei Kaiserreiche unter sich formiren. Die Schwierigkeit unserer Aufgabe liegt nicht darin, den Frieden mit Desterreich und Rußland zu unterhalten, sondern den Frieden zwischen beiden. Da liegt die Sache anders, die beiden sind wirklich rivalisirende Mächte und hier liegen miteinander konkurrirende Interessen, welche die Erhaltung des Friedens zwischen diesen unseren Freunden und so schwieriger machen, als es uns obliegt, diese Schwierigkeiten nach Möglichkeit zu beseitigen, den Anwalt des Friedens gegenüber den Anregungen panslawistischer und parlamentarischer Natur, Anregungen, wie sie in der Presse oder den parlamentarischen Körperschaften in beiden Ländern oft hervorgerufen. Bei unserer Bemühungen, Abvokat des Friedens zu sein, laufen wir Gefahr, daß wir in Desterreich und noch mehr in Ungarn als russisch bezeichnet, daß wir in Rußland für österreichisch gehalten werden. Aber das müssen wir uns gefallen lassen, wenn es uns nur gelingt, den Frieden Europas zu erhalten.

Nicht minder aufrichtig und anstrengt sind unsere Bemühungen gewesen, nach dem französischen Kriege die Versöhnung mit Frankreich herbeizuführen. Ob wir da so glücklich gewesen sind, wie im Osten, ist die Frage. Was den Osten betrifft, so würde uns der nicht zu einer Vorlage dieser Art bestimmt haben. In Frankreich aber liegen die Verhältnisse anders. Ich kann nur nach meinem politischen Urtheil sprechen, aber ich kann für mich geltend machen, daß ich 36 Jahre in der großen europäischen Politik thätig bin und daß ich auf jene Epochen und Vorgänge mich berufen kann, in denen mein politisches Urtheil das richtige gewesen ist und namentlich richtiger als das der parlamentarischen Opposition, die mir gegenüberstand. (Beifall rechts.) Die Frage, wie wir mit Frankreich in Zukunft stehen, ist für mich nicht minder wichtig als unsere Befürchtungen zu Rußland und Desterreich, über Italien und England spreche ich nicht, weil diese uns keinen Grund zu Besorgnissen geben. Unsere Beziehungen zu diesen beiden sind bei der Frage der Vermehrung unserer Streitkräfte nicht maßgebend. Zwischen uns und Frankreich ist das Friedensverhältnis deshalb schwerer, weil da ein langjähriger historischer Prozeß zwischen beiden Ländern liegt. Von dem Zeitpunkt an, wo Frankreich seine politische Einheit erreicht hat, hat auch das in Fragestellen der deutschen Grenze begonnen. Wenn wir es in rein historischem Zusammenhange betrachten, so begann dies mit der Wegnahme der drei Bistümer Metz, Toul und Verdun. Seitdem hat kaum eine Generation in Deutschland gelebt, welche nicht genöthigt gewesen ist, in den Krieg gegen Frankreich zu ziehen. Auch jetzt ist dieser feindselige Zustand noch nicht abgeklungen. Ich kann meine Vermuthung dahin aussprechen, daß dies im französischen Volkscharakter liegt. Wir haben unsererseits alles gethan, um die Franzosen zu gewinnen. Wir sind Frankreich in allen Wünschen entgegengekommen, nur nicht in dem, daß es mehr oder weniger Strecken deutschen Landes wiederzuerobern wüßte. Wir haben unsererseits nicht nur keinen Grund, Frankreich anzugreifen, sondern auch gar nicht die Absicht, einen Krieg mit ihm zu führen. Dieser Gedanke liegt uns ganz fern und hat mir besonders immer fern gelegen. (Beifall.) Ich bin zufrieden gewesen, daß die Luxemburger Angelegenheit 1867 einen friedlichen Ausgang nahm. Wie es in Zukunft mit dem Frieden von dieser Seite ausfallen wird, das kann ich nicht genau wissen. Ich kann der göttlichen Vorlesung nicht so in die Karten sehen. (Beifall.) Mein Wunsch wird nie dahin gehen, mit Frankreich Krieg zu führen, aber deshalb wird er doch geführt werden, und je später, um so günstigeren Umständen. Wir haben schon 1870 unter ungünstigen Umständen gekämpft, als es 1867 der Fall gewesen sein würde. Wenn die Franzosen aber so lange mit uns Frieden halten wollen, bis wir sie angreifen — wenn wir diesen sicher sein könnten, dann hätten wir immer Frieden. (Beifall.) Was sollten wir auch von Frankreich erretzen? Sollten wir noch weiter französische Länder an Deutschland annektieren? Als es sich 1871 darum handelte, ob wir Metz und Belfort oder nur eins nehmen sollten — es hatten Sie mir diese historische Reminiscenz — da habe ich mich mit Anderen darüber besprochen, der mir sagte: eins können wir nur müssen: entweder Belfort oder Metz. Wenn wir beide nehmen wollten, dann wäre keine Aussicht auf Frieden. Er wünschte nun dringend, daß er nicht genöthigt sein sollte, dieser Verathung wegen nach Bordeaux zurückzugehen. Da habe ich mich mit unseren militärischen Autoritäten und namentlich mit meinem hochverehrten anwesenden Freunde besprochen: können wir darauf eingehen, eins von beiden zu müssen? Ich habe die Antwort erhalten: Belfort ja, Metz nicht. Die Frage ist die, ob wir 100 000 Mann schwächer sein sollen gegen die Franzosen, wenn ein neuer Krieg ausbricht, oder nicht. Darauf habe ich gesagt: „Nehmen wir Metz!“ Wir stehen jetzt vor derselben Frage, ob wir, wenn ein Krieg von Neuem ausbricht, 100 000 Mann schwächer sein sollen, als wir könnten, oder nicht. Ob Sie den Werth von Metz oder Belfort aufgeben, das ist von derselben schweren Bedeutung für unsere Sicherheit, als ob Sie 100 000 Mann verzeihen. (Beifall.) Also stehen Sie vor den Franzosen zu sagen: „Seid so gut und nehmt Metz zurück!“, so ist das ungefähr dasselbe, als wenn Sie jetzt und die Verstärkung der Armee, die wir nach dem Urtheil unserer militärischen Autoritäten zu gebrauchen glauben, versagen. (Beifall.)

Ich will nur wiederholen: Wir wollen Frankreich nicht angreifen, unter keinen Umständen. Es giebt nun viele Franzosen, bei denen ein französischer Angriff auf Deutschland nicht populär ist. Sie werden, wenn Sie die französische Geschichte kennen, mir Recht geben, wenn ich sage, daß in Frankreich in schweren Momenten immer durch energische Minoritäten und nicht durch die Majoritäten die Entscheidung erfolgt ist. Diejenigen, welche den Krieg mit uns wollen, suchen einseitig ihre Absicht zu verdecken; ihre Aufgabe ist es aber, das feu sacre zu unterhalten, eine Aufgabe, die Ganselita dahin bestimmte: ne pas faire la guerre, mais y penser toujours. Das ist auch heute noch die Signatur der französischen Situation. Die Befürchtung aber, daß wir Frankreich angreifen werden, ist unnahr. Aber das in Frankreich andrückt, wohl, daß es die Unwahrheit sagt. Nichtsdestoweniger fährt man fort, selbst bei dem friedliebenden Franzosen, Jacques Bonhomme, der lieber seinen Acker baut, als in den Krieg zieht, die Idee zu verbreiten, daß die Russen zu unterhalten, daß er ununterbrochen von dem rücksichtslosen Deutschen bedroht sei, der ihm, ich weiß nicht was, abnehmen wollte. Und dabei haben sie doch garnichts, was wir von ihnen begehren (Geltet! rechts).

Ich habe nun das feste Vertrauen, daß die Deute, die jetzt in



Frankreich an der Regierung und den Krieg mit uns nicht wollen, eben so wenig wie die früher an der Regierung befindlichen Parteien oder Herrn. Aber dies Vertrauen auf die friedliche Gesinnung der französischen Regierung und eines großen Theils des französischen Volkes kann nicht bis zu dem Grade in Sicherheit einzuweisen, daß ich sagen kann, wir haben einen französischen Krieg gar nicht mehr zu fürchten. Ich bin der Meinung, wir haben ihn zu fürchten durch einen Angriff Frankreichs; ob in zehn Tagen oder Jahren, kann ich nicht entscheiden. Das hängt ganz von der Dauer der Regierung ab. Als Präsident zurücktrat, hat da jemand 24 Stunden vorher eine Abkündigung davon gegeben? Und nachher hat man gerade Zeit gewußt, wer der Nachfolger sein würde. In welcher Beziehung die Herren mit ihrer Parolenherrschaft waren, haben wir alle gewußt. Was daraus werden würde, wußte keiner. Es konnte anders kommen und ein weniger friedliebendes Regiment aus dieser Krise hervorgehen. Also auf die Dauer ist es unmöglich, daß eine Regierung aus Ruder kommt, deren Willkür auf Frieden berechnet ist. Jetzt hält man das Feuer sorgfältig unter der Asche, und da kann ich auf keine friedliche Versicherung etwas geben, keine Medenart kann mich darüber vollständig beruhigen, ebenso wenig, als wenn hier im Parlament gesagt wird, wenn Gefahr eintritt, dann stehen wir mit Gut und Blut ein. Das sind Worte, Worte sind keine Soldaten, Reden sind keine Bataillone. Wenn wir den Krieg im Lande haben, und ich lese ihm diese Reden vor, dann lacht er mich aus (Heiterkeit). Wir wissen stets darauf vorbereitet sein, daß uns Frankreich angreift. Wir sind im Besitz des Schatz, des reichsten Schatzes. Das Frankreich nach dessen Wiedererhebung nicht mehr, kann keiner behaupten, der sich irgendwo um die Versicherungen der französischen Presse kümmert. Hat es schon ein französisches Ministerium gegeben, das den Muth hatte, öffentlich und bedingungslos zu sagen: „wir verzichten auf Elsaß“, wir acceptiren die Grenzen des Frankfurter Friedens, wie wir die des Pariser Friedens 1815 acceptirt haben und wir beschäftigen keinen Krieg? Gibt es in Frankreich ein Ministerium, das den Muth dazu gehabt hätte? Es gibt es deshalb nicht, weil die öffentliche Meinung in Frankreich dagegen ist, weil sie gewissermaßen eine mit Explosionskraft gefüllte Maschine bleibt, wo eine einzige ungeschickte Bewegung hinreichen kann, um das Ventil zu öffnen, die Maschine zu sprengen und den Krieg herbeizuführen. Es wird das Feuer so sorgfältig gehütet und gepflegt, daß man auf die Abkündigung nicht ohne Gefahr zu rechnen, um es in das Nachbargebiet einzuführen, daß man auf diese Abkündigung in keiner Weise bauen kann. (Sehr richtig! recht!). Nun ist ja die Frage: Ist die Möglichkeit, daß wir von Frankreich angegriffen werden, an sich ein ausreichender Grund, um diese Vorlage zu bekräftigen? Ich habe bei meiner Motivirung keine Koalitionen, Kombinationen und Konjekturen im Auge, sondern die einfache Möglichkeit, daß wir Frankreich ohne Bundesgenossen im freien Felde gegenüberstehen. Bedenken Sie, was das zu sagen hat. Unser ganzer Handel zu Lande und zur See, unsere ganzen industriellen Unternehmungen werden dann ins Stöden gerathen. Die Katastrophe, daß ein Krieg ausbrechen könnte, wird schon sehr viele verbinden, sich auf solche Unternehmungen einzulassen. Die Wahrscheinlichkeit eines französischen Angriffs auf Deutschland tritt ein, wenn eine andere Regierung wie die heutige in Frankreich aus Ruder kommt und diese Grund hat, zu glauben, daß Frankreich uns schlagen würde, daß es uns überlegen sein würde. Dann, glaube ich, ist der Krieg ganz sicher, sobald Frankreich die Ueberzeugung hat, daß es uns schlagen wird — diese Ueberzeugung kann beruhend auf Hundstücken sein. Ich habe vorhin gesagt, daß ich nicht glaube, daß solche Wundstücke stattfinden werden, und das ist auch unsere Aufgabe mit, darauf zu stehen, daß sie verhindert werden. Ich will bloß das Dunkel zwischen uns und Frankreich ins Auge fassen. Das kann eintreten, sobald Frankreich glaubt, einmal durch Wundstücke oder durch die Ueberlegenheit seiner Bewaffnung uns zu schlagen. Bekümmere rein technische Frage überläßt ich meinen militärischen Kollegen. Trotz der Uniform, die ich trage, wäre es eine Unbequemlichkeit, hier meine Autocritik irgendwo in die Wagschale zu werfen. Aber wenn die Franzosen glauben, daß entweder ihre Armee an Zahl der ausgebildeten Soldaten stärker ist, als die unsere, ihre Artillerie zahlreicher, oder vielleicht ihr Gewehr besser ist, wie sie es 1870 auch glaubte, oder ihr Pulver besser ist, weil sie das richtige Pulver zu kleinkalibrigen Geschützen früher haben als wir, das sind alles Sachen, die unter Umständen die Entscheidung einer französischen Regierung werden bestimmen können. Sobald sie glauben, zu liegen, fangen sie Krieg an. Das ist meine feste, unumstößliche Ueberzeugung. (Zustimmung.) Wenn es nun zum Kriege kommt, so kann immerhin der Fall eintreten, daß wir darin unterliegen, ich will es nicht hoffen, aber die Möglichkeit kann doch Niemand bestreiten. Was jetzt bestreiten dies nur die Civilisten, welche die Stärkung des Heeres befürworten; diejenigen Herren, welche persönlich Zahlung mit den französischen Kriegen gehabt haben, die sind anderer Meinung. Wenn so juristische Leute der Meinung sind, wir brauchen, um im nächsten Kriege Frankreich ebenbürtig zu sein, die hier geforderte Armeevermehrung, dann finde ich es doch einen traurigen Muth, zu sagen ihnen gegenüber: Sie trennen Sie von sich, Sie, die parlamentarischen Strategen, Sie unterwerfen Frankreichs Macht. Frankreich ist ein großes, mächtiges Land, ebenso wie wir. Die Franzosen sind ein kriegesfähiges Volk, welches jederzeit große Heerführer gehabt hat, es ist ein Zufall, wenn die unsrigen ihnen überlegen sind. Es wäre eine Ueberhebung, zu sagen, daß Frankreich an und für sich als geschlagen zu erachten wäre, wenn es uns gegenübersteht. Wenn die Sache so steht nach dem Urtheil kompetenter Militäranthoritäten, wenn nach menschlicher Berechnung die Möglichkeit vorhanden ist, daß wir geschlagen werden können, ja dann sind die Folgen eines unglücklichen Krieges doch zu traurig, als daß jemand, wenn sie eintreten, die Verantwortlichkeit dafür tragen könnte. Es ist viel von Ministerverantwortlichkeit die Rede. Aber ich habe noch nichts davon gehört — vielleicht wird es der Zukunft vorbehalten, solche Gesetze einzuführen — daß Abordnete, welche an Beschüssen Theil nahmen, welche das Land in's Unglück führten, der Verantwortlichkeit vor dem Volke dafür unterliegen (Beifall). Wenn das Bedürfnis danach sich fühlbar macht, werde ich beantragen, daß solche Gesetze vorgelegt werden. (Bewegung.) Ich wage den Gedanken gar nicht auszusprechen, aber die Möglichkeit ist da, daß eben so gut wie wir allein Frankreich geschlagen haben im Jahre 1870, Frankreich, nachdem es seine Armee verdoppelt, seine Heere verdreifacht und mit der größten Bereitwilligkeit der Regierung die vielen Kosten bewilligt hat, ohne eine Sekunde darüber zu diskutieren, einmal auch uns überwinden. Wenn wir geschlagen würden, wenn die siegenden Hände in Berlin stehen, wie wir in Paris standen, wenn wir genöthigt würden, ihre Friedensbedingungen anzunehmen, was würde dann sein? Ich will gar nicht von der Geldfrage reden, ob wohl die Franzosen mit und nicht so glimpflich verfahren würden, wie wir mit ihnen. Wir würden dieselben Franzosen in ihnen finden, die unter der Herrschaft von 1807—13 gestanden haben, die uns ausacpreß haben bis auf Blut; saigner au blanc ist der französische Grundsatz, uns zur Ader lassen, bis Blutsaure eintritt, damit der unterworfenen Feind in den nächsten 30 Jahren nicht wieder auf die Beine kommt und an die Wundstellen denken kann, sich feindlich gegenüberzustellen. So hat es Napoleon 1807 und später gemacht. Wenn Sie wie ich in meiner Kindheit die Erzählung der alten Leute gehört haben, die Erzählung der Bayern, Landeute und Gutsbesitzer über die Beiden der Fremdherrschaft, ich glaube, Sie würden auch nur vor der Möglichkeit zurückweichen, daß es uns wieder einmal so ginge. Man würde dafür sorgen, daß das deutsche Reich so schwarz würde, daß es sich nie wieder erholte. Mit dem Rhein als Grenze, glaube ich, würde man sich nicht einmal begnügen, man wird vor allem die Herstellung des Königreichs Hannover verlangen. Wäre das etwa, wie man sich einer der Welsen zurück, die Herstellung des welfischen Staates auf gesetzmäßige Weise? Wenn wir überwinden sind, dann kommt auch das Geseß (Heiterkeit). Schleswig-Holstein wurde an Dänemark verloren gehen, und wie es in Polen und ergeben wurde, ist gar nicht abzusehen. Zwar dürfte hier Rußland hindern, in den Weg treten, aber man könnte doch immerhin und die Bedingung auferlegen, daß Frankreich der Germanischen Rechte ist, die

der König von Preußen seinen polnischen Unterthanen zugewähren hat. Galt Sie das alles für übertrieben? Was die Absichten des jetzt von uns nur supponirten französischen Siegers sein würden, können Sie unmöglich wissen. Wir würden, wenn wir gezwungen würden, jetzt von neuem mit Frankreich Krieg zu führen, und wenn wir uns überzeugt, daß wir unter keinen Umständen Ruhe haben würden und wir als Sieger in Paris einzugehen würden, ungeschädlich verfahren. Wir würden Frankreich außer Stand setzen, für ein Menschenalter uns gefährlich zu werden. Der Krieg von 1870 würde ein Kinderpiel sein gegen den von 1890 (Zustimmung). Die verbündeten Regierungen sind nun ganz und voll für die Sicherheit des Reichs verantwortlich. Zu Eingang der Verfassung ist als der oberste Zweck des Bundes der Schutz der Bundesgebiete genannt. Die verbündeten Regierungen haben dem Volke gegenüber die Verantwortlichkeit dafür, daß dieser Schutz jederzeit vorhanden sei. Der kann aber nicht improvisirt werden, je nach der Majorität, der muß dauernd vorhanden sein, als eine fundamentale Institution unserer deutschen Einrichtungen. (Beifall). Die Regierungen sind fest entschlossen, die Verantwortlichkeit für die Befestigung dieses Schutzes nicht zu tragen, sondern mit allen ihren verfassungsmäßigen Rechten dafür einzutreten, daß dieser Schutz bestehen bleibt. Was einzuweisen nach militärischem Urtheil für diesen Zweck notwendig ist, sind 40 000 Mann zur Verstärkung der Grenze gegen den ersten Anlauf und eine Steigerung der Zahl ausgebildeter Soldaten, die wir im Lande haben, um jährlich etwa 76 000 Mann, also für die Dauer eines Septennats berechnet, um 220 000 Mann, in runder Summe also beinahe 300 000 Mann. Wollen Sie nun die Verantwortlichkeit dafür tragen, daß wir im Kriegsfalle nur diese 300 000 Mann schmäcker haben? Wir wollen es nicht, und ich bin überzeugt, es wird unmöglich sein, sie zu tragen. (Beifall).

Die Felddauer ist nun die Frage, auf deren Gebiet sich die Diskussion in jüngster Zeit vorwiegend bewegt hat. Wir haben die Armeevermehrung auf 7 Jahre verlangt aus keinem anderen Grunde, als weil die Ziffer von 7 Jahren die Grundlage eines früheren Kompromisses war, weil wir der Ueberzeugung sind, daß das konstitutionelle Leben aus einer Reihe von Kompromissen besteht. Je länger die Dauer, desto größer wird die Zahl der ausgebildeten Soldaten, und um so geringer wird die Gefahr. Es zeigt sich nun stets die Erscheinung, daß jedesmal, wenn es sich darum handelt, auf Grund der Verfassung ein neues Gesetz zu machen, sich aller Parteien eine gewisse Bewegung bemächtigt, die unter Umständen zu höchst bedauerlichen Resultaten führt. Es entsteht jedesmal aus der Diskussion dieser Fragen, ich will nicht sagen, ein Konflikt, aber doch die Befürchtung vor einem Konflikt. Ich glaube nun, der Reichstag wird sich darüber nicht beschweren können, daß der Bundesrath von seinem zweifellosen Recht, eben Gesekentwurf zu prüfen, einen andern als geschäftlichen Gebrauch macht. Er ist berechtigt, jedem neuen Gesekentwurf seine Zustimmung zu geben oder ihn vollständig von seinem Gesekentwurf zu verwerfen. Der Bundesrath hat von diesem zweifellosen Recht nie einen dem Reichstage unangenehmen Gebrauch gemacht. Er ist immer konstant verfahren, wie man im kaufmännischen Geschäftsbetriebe zu sagen pflegt.

Aber es giebt im Interesse des Vaterlandes eine Grenze, über die der Bundesrath nicht hinausgehen kann. Eine solche Grenze zieht die Sorge und vor allem die den verbündeten Regierungen obliegende Sorge, für die auswärtige Sicherheit des deutschen Reiches zu sorgen. Soweit diese ins Spiel kommt, werden wir haarscharf in der Benutzung unserer Rechte vorgehen. Ein Beschluß, der das deutsche Reich wehrlos macht, ein solcher Beschluß hat nie auf die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu rechnen. Bei einer so wichtigen Frage, bei der es sich um Kopf und Kragen Deutschlands handelt, wird der Bundesrath nicht konstant und entgegenkommend sein. Warum wollen Sie nun solche Kräfte verwickeln, indem Sie ein Jahr oder auch drei Jahre beschließen? Wir wünschen Kompromisse und wir haben an dem Kompromiß von früher fest, und deshalb haben wir das Septennat vorgeschlagen.

Was ist denn nun Rechts, wenn über die Präsenzliste nach Art. 60 der Verfassung keine Vereinbarung stattfindet, oder was ist Rechts, wenn über das Budget einmal keine Vereinbarung erzielt wird? Die zweite Frage will ich nicht berühren, sie liegt uns jetzt nicht vor. Ich will Ihnen bloß sagen, was Rechts ist, wenn wir uns über die Präsenzliste nicht einigen. Hört die Armee etwa auf zu existiren? Das werden Sie nicht behaupten wollen. Dann treten die Bestimmungen der Verfassung in Kraft, die durch das auf Grund des Art. 60 festgesetzte Gesetz gegeben sind. Das Gesetz auf Grund des Art. 60 zieht die obere Grenze der Zulässigkeit der Präsenzliste, der Kaiser kann darüber nicht hinausgehen, und dieses Gesetz dauert noch bis zum nächsten Jahre. Wenn dann ein neues nicht zu Stande kommt, dann richtet sich die obere Grenze der berechtigten Stärke der Armee nach dem Artikel 59; darin steht: „Jeder Wehrpflichtige hat drei Jahre bei der Fahne zu dienen.“ Das ist dann unsere Wehrpflicht. (Heiterkeit.) Deshalb hat die Verfassung schon durch den vierten Artikel des Art. 60 die Bestimmung gegeben, daß der Kaiser den Präsenzstand des Heeres bestimmen kann. Der Kaiser ist dann derjenige, der allein zu sagen hat, wie hoch die Präsenzliste belaufen soll. Wir können Ihnen nur sagen, bewilligen Sie die Sache so kurz wie möglich. Es ist zu bedauern, daß das Frühjahr 1888 nicht schon da ist, denn wenn wir uns dann nicht einigen könnten über den Inhalt eines Gesetzes auf Grund des Art. 60, so würde der verfassungsmäßige Zustand wieder eintreten. Was das Budgetrecht und den Ausgabebetrag betrifft, so ist im vierten und letzten Absätze des Art. 62 gesagt worden: „Bei der Feststellung des Militärausgabebetrag wird die Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Reichsheeres zu Grunde gelegt.“ Ohne sich also Ihrerseits vom Boden der Verfassung zu entfernen, können Sie uns nicht die Präsenzliste verweigern. Es liegt also, wenn keine Verständigung zu Stande kommt, nicht ein Zustand vor, in dem die deutsche Armee von der Bildung verschwindet, sondern es wird ganz einfach die Größe der kaiserlichen Machtvollkommenheit, die die Verfassung stipulirt, herangezogen. Um dem Reichstage die Mitwirkung zu gewähren, ist der Artikel 60 geschaffen und darin das Gesetz verknüpft, daß die Präsenzliste, die der Kaiser nicht überschreiten darf, unter Mitwirkung des Reichstages festgesetzt wird. Sie werden immer finden, daß die Mitwirkung dieses Reichstages, der den Reichstag auf die Höhe der Ziffer des Heeres einfluß des Reichstages auf die Höhe der Ziffer des Heeres allein beruht auf der Fortdauer der Gesetze, die auf Grund des Artikels 60 gemacht werden. Es ist also gar kein Grund vorhanden, warum Sie so lustern sind nach Kränzen und nur auf ein oder drei Jahre beschließen wollen, ob das deutsche Heer bestehen soll oder nicht. Wenn Sie anderer Meinung sind als die verbündeten Regierungen, so wird Ihre Opposition von keiner durchschlagenden Wirkung sein. Sie kompromittiren sich ohne Noth. Sie haben gar nicht die Macht, weil Sie das verfassungsmäßige Recht nicht haben, Sie haben die Verfassung nicht genau gelesen. Ohne Rücksicht auf den Kaiser und sein Recht, daß er jeder Zeit in militärischen Dingen an den bestehenden Verhältnissen festhalten kann, bleibt auch eine Stimmzahl des Präsidiums im Bundesrath den Reichstag selbst wenn der Bundesrath dagegen ist. Die bestehende Einrichtung ist also immer die Präsenzliste des vorigen Jahres. Unsere verbündeten Regierungen werden nie damit einverstanden sein, eine unzulässige Armee zu haben, welche aus dem Budget aufgestopft wird. Diese Kränze werden häufiger hervorgerufen, wenn wir nicht die sieben Jahre beschließen. Wir wünschen keine Kränze, wir wünschen Kompromisse, wir halten unbedingt an dem vollen Septennat fest und wollen keinen Nagel breiten. (Beifall.)

Das deutsche Heer ist von der wechselnden Majorität des Reichstages nicht abhängig. Aber birgt dafür, daß eine Majorität da ist, bei der das Heer dauernd erhalten wird? Wer kann sich darauf einlassen, daß auf ein Jahr eine Erhöhung eintritt und dann wieder fortklärt, daß ein Bataillon, das doch die dreijährige Dienstzeit hat, nach einem Jahr wieder verschwindet? Das ist ja eine absolute Unmöglichkeit, streben Sie doch nicht nach solchen Phantasiegebilden! Das Heer ist die Grundlage des Staates, es ist die ganze Grundlage, ohne die das deutsche Reich gar nicht zu Stande gekommen wäre. Wenn es geschieht

werden soll, so gefährden Sie nicht diese Grundlage! Und Ihre Wähler werden das nicht. Der Reichstag, der mit diesen Vorschlägen gemacht wird, den Stand des Heeres von den politischen Majoritäten des Reichstages abhängig zu machen, also mit anderen Worten aus dem kaiserlichen Heer, das wir haben, ein Parlamentsheer zu machen, welches nicht auf Seine Majestät den Kaiser, sondern auf die Herren Abgeordneten und Richter zu stehen hat (Heiterkeit), der liegt und an der Verantwortlichkeit fern. Dieses Bestreben liegt außerhalb der Möglichkeit. Wenn es aber bei uns Leute giebt, die danach streben, die das für möglich halten, so liegt uns das nahe, die Wähler zu fragen, ob das wirklich ihre Meinung ist. (Heiterkeit.) Haben Sie Zweifel daran, daß Ihre Wähler Sie kompromittiren werden? Das Heer kann nicht davon abhängig sein, daß auf ein Jahr, wenn vielleicht eine sozialdemokratische Majorität da ist, die Hälfte der Armee entlassen wird. Das kann unmöglich die Absicht der deutschen Nation sein, daß sie mit ihrer Sicherheit abhängig sein soll von dem Parlament. Das liegt außerhalb der Befassung, und die verbündeten Regierungen wünschen, zu einem Kompromiß zu gelangen, aber nur einem siebenjährigen, keinem kürzeren! Wir wollen die Konflikte nicht und den Gedanken nicht aufkommen lassen, daß der Reichstag über den Stand der Armee beliebig zu verfügen hat. Ohne dies können wir Sie versichern, daß wir an die Wähler appelliren werden. Die Regierungen sind entschlossen, mit ihrem ganzen Einflusse für die Aufrechterhaltung der Wehrhaftigkeit des deutschen Heeres einzutreten. Und von Seiner Majestät dem Kaiser können wir unmöglich erwarten, daß er in seinem neunzigsten Lebensjahre noch das Recht desavouiren und an dessen Zerlegung mitwirken könne, dem er die letzten dreißig Jahre seines Lebens gewidmet: die Schöpfung des deutschen Reiches und die Schöpfung des deutschen Reiches. Wenn Sie das glauben, wenn Sie trotzdem durch Ihr Verhalten den Anschein erwecken, als ob Sie danach streben, wenn Sie nicht durch eine baldige und vollständige Annahme unserer Vorlage diese Sorge der verbündeten Regierungen um die Wehrhaftigkeit Deutschlands beseitigen, dann ziehen wir es vor, die Unterhandlungen mit einem andern Reichstag zu führen. (Lebhafter Beifall.) Und dieser Entschluß liegt in seiner Wirkung nicht auf der Hand. Die Gefahr, in die wir das deutsche Volk setzen können, wird um so größer, um so mehr wir zu verhandeln und mit anderen Worten zu reden, die uns Gerechtigkeit gelien. (Lang anhaltender, stürmischer Beifall).

Referent Abg. Hr. v. Hunsen: Nach den Worten des Herrn Reichskanzlers hatte ich mich darauf beschränken können, die Annahme der Kommissionsbeschlüsse zu empfehlen, hatte es jedoch für meine Pflicht, die Kommission gegen gewisse Vorwürfe derselben zu verwahren. Der Reichskanzler hat gesagt: Man geht darauf aus, das deutsche Heer und das deutsche Reich zu zerlegen; Ihr verweigert die Mittel, das deutsche Heer kriegerisch zu erhalten; und alles das soll in einem Beschlusse liegen, welcher alles Materielle bewilligt und nur die Keitfrage, welche der Reichskanzler selbst als vollständig bezeichnet, anders motivirt als die Vorlage. (Sehr richtig! recht!). Gegenüber dem Vorwurf, daß wir alles verweigern wollen, kann ich mich auf ein klares Zeugniß, welches hier im Hause abgegeben worden ist, berufen, auf das des Abg. Graf von Helldorf, der heute bei Beginn dieser Sitzung es ausgesprochen hat, daß er mit Genehmigung konstatirt, daß die großen Parteien bereit seien, alles zu bewilligen, nur die Präsenzliste sei noch ein Streitpunkt. Ich glaube also, daß diese Behauptung des Reichskanzlers von mir als Referenten zurückgewiesen werden müsse.

Reichskanzler Herr v. Bismarck: Ich bemerke, daß ich der Kommission keine Vorwürfe gemacht habe und ihre Verhandlungen zu kritisiren um so weniger im Stande gewesen bin, als ich gar nicht Gelegenheit hatte, den Bericht der Kommission kennen zu lernen. (Oh! Ah! im Centrum und links.) Es ist mir das noch gar nicht möglich gewesen, da er mir nicht früher zugegangen ist als heute früh im Bett. Da habe ich also nicht Zeit gehabt, den Bericht von 64 Druckseiten — ich hatte seitdem auch noch eine Menge anderer Nebengeschäfte (Heiterkeit) — durchzulesen. Was die wenigen Worte betrifft, die der Referent angeführt hat, das Urtheil, das ich über Ihre Arbeiten gefaßt hätte, so beruht es ja doch auf einigen Meinungsverstehensbeurtheilungen, was ich Wehrhaftigkeit meine. Da kann das nicht maßgebend sein, was die Kommission dafür hat. Mit Artikel I, der im Entwurfe weggefallen ist, fehlt die Hauptfrage an der Vorlage. Das ist nicht Schuld der Kommission, das ist die Schuld der Divergenz der Ansichten, die im Hause der Vorläge gegenüber besteht. Ich kann also dem Referenten oder der Kommission keine Vorwürfe machen, wenn die Kommission von der Nothwendigkeit, heterogen zusammengefaßt zu sein, die an der Zusammenziehung des Reichstages liegt, nicht befreit ist. Das ist ein Unglück, aber kein Vergehen. (Heiterkeit).

Abg. Dr. Sobrecht (nat.-lib.): Die scharfe Hervorhebung eines anscheinend unversöhnlichen Gegensatzes zwischen dem, was die Majorität in diesem Hause — soweit man von einer Majorität nach den Kommissionsbeschlüssen sprechen oder sie erhalten kann — und den Entschlüssen der verbündeten Regierungen, überhebt mich nicht der Pflicht, in alternativer Vollständigkeit die Gründe zu beleuchten, die uns für unsere Stellungnahme maßgebend gewesen sind. Wir wünschen nicht, daß das Ende dieser Verhandlungen ein Auseinandergehen sei, und werden bis zuletzt die Hoffnung festhalten, daß es gelingen werde, das Gesetz in einer Weise zu Stande zu bringen, daß es auch seitens der verbündeten Regierungen keine Annahme finden kann. (Sehr laut!) Der Bericht, von der gestellten Forderung nur einen Theil zu bewilligen, ist jetzt durch den Herrn von Stauffenberg erneuert worden und ich muß wenigstens mit einigen Worten darauf eingehen, obgleich ich zu konstatiren habe, daß sowohl nach seinen unblühenden Anschauungen, als auch durch von ihm schriftlich eingebrachten eventuellen Antrag die Bereitwilligkeit ja konstatirt ist, auch seinerseits und, wie ich annehme, auch seitens seiner politischen Freunde den vollen Betrag dessen, was zur Verstärkung der Armee gefordert ist, vorbehaltlich der Beifügung zu bewilligen. Ich habe von Anfang an die Auffassung gehabt, daß es leichter sei, die Verantwortung für eine unbedingte Ablehnung der Forderung zu übernehmen, als über die Höhe noch als für eine nur theilweise Bewilligung, und ich erlaube mir das auf die Art, wie die Forderung motivirt ist. Die Forderung ist — und Sie haben das heute bestätigt gehört — lediglich acruet auf eine Erhöhung der Gesamtstärke unserer Armee. Daraufhin sind die Beweismittel gerichtet, die dafür beigebracht sind, die Bezugnahme auf die Friedenspräsenzstärke und auf die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Bildung der Kriegsstärke bei der französischen Armee. Unsere Kriegsverwaltung hat die Thatfache angeführt, daß die Friedenspräsenzstärke in der französischen Armee 471 000 Mann beträgt, während sie bei uns zur Zeit nur 427 000 Mann umfaßt, daß der französische Heeresbestand 14 Jahrgänge, der unsrigen nur 12 zur Disposition stehen. Der ganze Beweis ist dahin gerichtet, nicht hier oder dort eine drückende Truppen zu erlangen, sondern eine Erhöhung der Gesamtstärke unserer Armee herbeizuführen. Ganz folgerichtig hat sich auch in der Kommission die Kritik der Vorlage gehalten an eine Prüfung der in dieser Beziehung gemachten Angaben. Der Bericht giebt von der Diskussion, die sich hieran geschlossen hat, ein vollständiges und klares Bild, und ich brauche auf die Einzelheiten nicht einzugehen. Die Erörterung schloß für mich und, wie es mir schien, für die Mehrheit der Kommission mit der Ueberzeugung, daß die von Seiten unserer Kriegs-Verwaltung gemachten thatsächlichen und Zahlenangaben unbedingt zuverlässig sind; und wir haben diese Ueberzeugung als nicht nur gewonnen aus der selbstverständlichen Voransetzung, daß unsere Kriegsverwaltung die reichlichsten und besten Quellen für ihre Information zu Gebote stehen, sondern auch aus der Art und Weise, wie alle Anfragen, alle Zweifel sofort mit größter Bereitwilligkeit und Bestimmtheit beantwortet sind. Erkennt man die Mächtigkeit der Voraussetzungen, so kann man nicht zu einem anderen Resultate kommen, als daß die Höhe nach der geforderten Verstärkung zu bewilligen. Dann erst ist die Frage hervorzuheben, wie die geforderte neu in Anspruch genommene Mehrzahl von Mannschaften zu beschaffen, wie für ihre Ausbildung zu sorgen ist. In dieser Beziehung hat







C. öfning. Wwe. mit elegant. Hansstand wünscht  
an e. arößt. älteren Herrn 1-2 Zimmer zu verm.  
Gefl. Offert. sub S. R. 21 Exped. d. Blg. (37)



## Handels-Register

des Königl. Amtsgerichts I. zu Berlin.  
Zu Folge Verfügung vom 8. Januar 1887 sind  
an selben Tage folgende Eintragungen erfolgt:  
In unser Firmen-Register ist unter Nr. 12457,  
welcher die Handlung in Firma:  
**Jacob Simon**  
mit dem Sitz zu Berlin und mehreren Zweig-  
niederlassungen vermerkt steht, eingetragen:  
Die Zweigniederlassung zu Brandenburg  
a. S. ist zu einem selbstständigen Geschäft er-  
heben und veräußert.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 9277, welcher die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

### H. Schiller & Junge

vermerkt steht, eingetragen:  
Der Kaufmann Adolf Ferdinand Wilhelm  
Kunde ist aus der Handelsgesellschaft ausge-  
schieden.  
Der Kaufmann Julius Meyer zu Berlin  
ist am 21. Dezember 1886 als Handelsge-  
sellschafter eingetreten.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 7934, welcher die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

### Schiffahrtsgesellschaft

#### Carl Gursch

vermerkt steht, eingetragen:  
Die Gesellschaft ist durch Uebereinkunft der  
Beteiligten aufgelöst.  
Der Kaufmann Carl Gustav Ernst Grau-  
mann zu Berlin ist als Handelsgesellschafter unter  
unveränderter Firma fort.  
Vergleiche Nr. 17453 des Firmen-Registers.  
Demnach ist in unser Firmen-Register unter  
Nr. 17453 die Firma:

### Schiffahrtsgesellschaft

#### Carl Gursch

mit dem Sitz zu Berlin und als deren In-  
haber der Kaufmann Carl Gustav Ernst Grau-  
mann zu Berlin eingetragen worden.  
(Die Eintragung vom 5. d. M. bei dieser Firma  
[Veranlassung vom 5. d. M.] ist unter  
Nr. 7934 des Gesellschafts-Registers [nicht  
Firmen-Registers] erfolgt.)

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 7072, welcher die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

### F. & R. Grunow

vermerkt steht, eingetragen:  
Die Gesellschaft ist durch Tod des Kauf-  
manns Ferdinand Grunow aufgelöst.  
Der Kaufmann Max Emil Richard Grunow  
zu Berlin ist als Handelsgesellschafter unter der  
Firma:

### Richard Grunow

fort.  
Vergleiche Nr. 17455 des Firmen-Registers.  
Demnach ist in unser Firmen-Register unter  
Nr. 17455 die Firma:

### Richard Grunow

mit dem Sitz zu Berlin und als deren In-  
haber der Kaufmann Max Emil Richard Grunow  
zu Berlin eingetragen worden.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 15437,  
welcher die hiesige Handlung in Firma:

### M. Weismann & Co.

vermerkt steht, eingetragen:  
Das Handelsgeschäft ist durch Vertrag auf  
den Kaufmann Hans Albrecht von Kopen  
zu Berlin übergegangen, welcher dasselbe unter  
unveränderter Firma fortsetzt. Vergleiche  
Nr. 17456 des Firmen-Registers.  
Demnach ist in unser Firmen-Register unter  
Nr. 17456 die Firma:

### M. Weismann & Co.

mit dem Sitz zu Berlin und als deren In-  
haber der Kaufmann Hans Albrecht von Kopen  
zu Berlin eingetragen worden.

In unser Gesellschafts-Register ist unter  
Nr. 9361, welcher die hiesige Handelsgesellschaft  
in Firma:

### C. Schölermann

vermerkt steht, eingetragen:  
Die Gesellschaft ist durch gegenseitige Ueber-  
einkunft aufgelöst.  
Der Kaufmann Carl Ferdinand Julius  
Schölermann zu Berlin ist als Handelsgesell-  
schafter unter unveränderter Firma fort.  
Vergleiche Nr. 17457 des Firmen-Registers.  
Demnach ist in unser Firmen-Register unter  
Nr. 17457 die Firma:

### C. Schölermann

mit dem Sitz zu Berlin und als deren Inhaber  
der Kaufmann Carl Ferdinand Julius Schöler-  
mann zu Berlin eingetragen worden.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 17424,  
welcher die hiesige Handlung in Firma:

### Heinrich Wod

vermerkt steht, eingetragen:  
Der Kaufmann Heinrich Wod zu Berlin  
ist in das Handelsgeschäft des Kaufmanns  
Heinrich Wod zu Berlin als Handelsgesell-  
schafter eingetreten und es ist die hierdurch  
entstandene Handelsgesellschaft, welche die bis-  
herige Firma beibehalten hat, unter Nr. 10294  
des Gesellschafts-Registers eingetragen worden.  
Demnach ist in unser Gesellschafts-Register  
unter Nr. 10294 die offene Handelsgesellschaft in  
Firma:

### Heinrich Wod

mit dem Sitz zu Berlin und als deren  
Gesellschafter die beiden Vorgenannten eingetragen  
worden. Die Gesellschaft hat am 4. Januar  
1887 begonnen.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 16906,  
welcher die hiesige Handlung in Firma:

### Gustav Samuel

vermerkt steht, eingetragen:  
Der Kaufmann Carl Julius Daniel Schwarte  
zu Berlin ist in das Handelsgeschäft des Kauf-  
manns Gustav Samuel zu Berlin als Handels-  
gesellschafter eingetreten und es ist die hier-  
durch entstandene, die bisherige Firma fort-  
setzende Handelsgesellschaft unter Nr. 10295  
des Gesellschafts-Registers eingetragen.  
Demnach ist in unser Gesellschafts-Register  
unter Nr. 10295 die offene Handels-Ge-  
sellschaft in Firma:

### Gustav Samuel

mit dem Sitz zu Berlin und als deren  
Gesellschafter die beiden Vorgenannten eingetra-  
gen worden. Die Gesellschaft hat am 1. Januar  
1887 begonnen.

## PROSPECT.

# 3½ proc. Anleihe der Stadt Halle a. d. Saale.

Auf Grund des Beschlusses der Stadtrats-Ordnenungs-Versammlung der Stadt Halle a. d. Saale vom 18. Dezember 1886, und in Gemäßheit  
des Landesherlichen Privilegiums vom 24. November 1886 (Anteilsblatt der Königl. Regierung zu Merseburg vom 8. Dezember 1886, Extrablatt  
Seite 431, und Gef.-S. für 1886, Seite 302, Nr. 18) emittirt die Stadt Halle a. S.

## Mark 3 000 000. — Anleihe-scheine.

Diese Schuld, welche seitens des Gläubigers nicht gekündigt werden kann, bildet einen Theil der durch das oben angezogene Privilegium  
Privilegium vom 24. November 1886 in Höhe von sechs Millionen Mark genehmigten Anleihe.  
Die Anleihe wird jährlich mit 3½ % verzinst und die Coupons werden am 1. April und am 1. October jeden Jahres gezahlt.

Die Anleihe-scheine laufen über 1000, 500 und 200 Mark.  
Die Rückzahlung erfolgt nach Maßgabe des genehmigten Tilgungsplanes vom Jahre 1890 ab durch Auslösung oder Verkauf aus einem  
Tilgungsstock, welcher mit wenigstens 1½ % des Capitals jährlich unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldverschreibungen gebildet wird. Die  
Auslösung geschieht im Monat März eines jeden Jahres. Der Stadtgemeinde bleibt das Recht vorbehalten, den Tilgungsstock zu veräußern, oder auch  
sämmliche, noch im Verkauf befindliche Anleihe-scheine auf einmal zu kündigen. Die durch die verstärkte Tilgung ersparten Zinsen werden ebenfalls dem  
Tilgungsstock zu.

Die ausgelassen oder gekündigten Anleihe-scheine werden öffentlich bekannt gemacht. Die Bekanntmachung erfolgt sechs, drei, zwei und einen  
Monat vor dem Zahlungstermin.

Die Zahlung der Zinsen und der fällig werdenden Capitalien erfolgt

in Berlin bei der Nationalbank für Deutschland,  
bei dem Bankhause Jacob Landau,

in Breslau bei dem Schlesischen Bankverein,

in Halle bei der Stadthauptkasse,

in Leipzig bei der Leipziger Disconto-Gesellschaft.

Nach dem Kammer-Conto von Halle a. S. pro 1. April 1886/87 beliefen sich die Schulden und Kosten der Stadt auf Mark 4 970 427,74.,  
welche für Verzinsung Mark 213 053,35. und für Tilgung Mark 88 100. — zusammen Mark 301 153,35. erfordern. Dagegen betragen die Ein-  
nahmen Mark 2 040 000. — darunter aus Communalabgaben Mark 956 570. — und aus Ueberschüssen und Betriebsergebnissen der Kammer und  
der städtischen Institute Mark 412 402,26. Der Rest der Stadt Halle an Grundstücken repräsentirt laut den vorhandenen Schätzungen Ende März  
1886 einen Werth von Mark 7 197 145. —

Zur Sicherung der eingegangenen Verpflichtungen haftet die Stadtgemeinde Halle a. S. mit ihrem Vermögen und ihrer Steuerkraft.

## Subscriptions-Bedingungen.

Die Subscription findet am

Freitag, den 14. Januar d. J.

in Berlin bei der Nationalbank für Deutschland,

in Breslau bei dem Schlesischen Bankverein,

in Halle bei dem Halleschen Bankverein von Kullsch, Kämpf & Co.,

in Leipzig bei der Leipziger Disconto-Gesellschaft,

Bankhause H. F. Lehmann,

Reinhold Steckner,

Zelsing, Arnold, Heinrich & Co.,

Leipzig bei der Leipziger Disconto-Gesellschaft,

während der bei jeder Anmeldestelle üblichen Geschäftsstunden auf Grund des vorstehenden Prospectes unter folgenden Bedingungen statt:  
Der Subscriptionspreis ist auf 99½ Mark für 100 Mark Nominal festgesetzt zuzüglich ½ % Stückzinsen vom 1. October 1886 bis zum  
Tage der Abnahme der Stücke.  
Es ist jeder Anmeldestelle die Befugniß vorbehalten, die Höhe des Betrages jeder einzelnen Theilung nach ihrem Ermessen zu bestimmen.  
Die Theilung wird so bald als möglich nach Schluß der Subscription unter brieflicher Benachrichtigung an die Zeichner erfolgen.  
Die Abnahme der zugetheilten Stücke kann bei der betreffenden Subscriptionsstelle vom 20. Januar ex. an gegen Zahlung des Preises bewirkt  
werden, der Subscribent ist jedoch verpflichtet, die Stücke bis zum 31. Januar d. J. abzunehmen.  
Berlin, im Januar 1887.

## Nationalbank für Deutschland.

## Woll-Auction in Berlin.

Am Dienstag, den 18. Januar 1887, Nachmittags 2 Uhr, findet im Saale des Grand  
Hotel am Alexanderplatz hieselbst die erste diesjährige

### Woll-Auction

der Herren Gustav Ebel & Co. statt und wird dieselbe

ca. 1500 Ballen Cap snow white und scoured,

ca. 200 „ „ fleece,

ca. 600 „ „ grease,

ca. 300 „ „ fabrikgewaschene u. Diverse

zus. ca. 2600 Ballen Wolle umfassen.

Die Wollen lagern im Wollspeicher

Alte Schützen-Strasse No. 3

und sind vom Montag, den 17. Januar, an zu besichtigen.

Nähere Details und Cataloge sind a. Z. bei den Herren Verkäufern zu haben.

Berlin, 10. Januar 1887.

A. Parrisius,

vereid. Wollmakler etc.

## Lotterie-Loose zur vierten Klasse

sind noch zu haben in der Königl. Preussischen Lotterie-Einnahme

Königsgräberstrasse Nr. 15.

## Schreibkrampf

Intern, Spielcramp, Schwächegefühl in Arm und Hand werden in einigen Wochen durch  
meine eigenthümliche Methode schmerzlos geheilt. Attente der ersten medizinischen Autoritäten,  
sowie Adressen einer Anzahl von Geheilten, Spielern, darunter einer, der 25 Jahre an dem  
Uebel litt, werden auf Verlangen zugesandt. Sprechstunden von 9—10 u. 5—6 Uhr. —  
Julius Wolff, Spezialist aus Frankfurt a. M., zur Zeit in Berlin, 35. Kanonen-  
strasse I. Stock.

in Halle unter Nr. 6923 unseres Profiren-  
Registers eingetragen werden.  
Berlin, den 8. Januar 1887.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 581

## Bekanntmachung.

Der Kaufmann Wilhelm Jollbau und dessen  
Chefran Auguste geb. Joll zu Witow haben  
nach am 3. Dezember 1886 erfolgter Grobjährig-  
keit der Letzteren mittels gerichtlichen Vertrages  
vom 14. Dezember 1886 die Gemeinschaft der  
Güter und des Erwerbes mit der Bestimmung  
ausgeschlossen, daß das Vermögen und der ge-  
samte Erwerb der Chefran, auch derjenige aus  
Erbfächern, Geschenken und Glücksspielen die  
Rechte des vorbestehenden Vermögens der Che-  
fran haben soll.  
Witow, den 8. Januar 1887.

Königliches Amtsgericht.

## Bekanntmachung.

Montag, den 17. d. Mts., von 8½ Uhr ab  
Auction von Realitäten im Friedrich-Wil-  
helms-Hospital, Wallfaden-Strasse Nr. 37.  
Berlin, den 8. Januar 1887.

Administration des Friedrich-Wilhelms-Hospitals.

## Bermischte Anzeigen.

kleine elegante

Salonflügel

und Pianinos

mit prächtigem Ton empfiehlt

B. Schleip,

Hof-Piano-Fabrikant,

Behrenstrasse 21.

Preuss. Loose empf. u. versendet  
Original-Loose: 166, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Vermögens-Verwaltungen,  
Erbfächern-Regulirungen u. s. w. übernimmt eine  
unbedingt sichere und in weiten Kreisen bekannte  
Verwaltungsgesellschaft. — Die Herren Wambrecht,  
Quilke & Co., Roßenthalerstr. 40, wollen die  
Güte haben, die Adresse zu nennen. (581)

## Capitalist oder Commanditist.

Ein 50 Jahre bestehendes Waaren-Groß-Hand-  
geschäft, welches alljährlich vergrößerten Umsatz nachzu-  
weisen hat, sucht zur Erweiterung ein 2tes  
Grundstück, Kaufe, Dampf-Maschinen-Anlagen  
besitzt, sucht 25—30 000 gegen solide Sicher-  
heit. Offerten sub „Grossist 12“ an Haasen-  
stein u. Vogler, Dresden erbeten. (573)

## Theilhaber resp. Kauf.

Für eine Maschinenfabrik mit Wasserkraft mit  
auter Einrichtung u. Grundstücken, in einer Offen-  
stadt mit 30 000 Einwohnern, welche als Speciali-  
tat landwirtschaftliche Maschinen und Maschi-  
nen zu betreibt, wird wegen vorgerückten Alters  
eine thätige Kraft mit Kapitaleinklage als Theil-  
haber gesucht, eventuell ist das Geschäft auch an  
einen zahlungsfähigen Käufer zu verkaufen, das  
Geschäft besteht seit 1853, erforderliches Kapital  
zum Anlauf 60 000 Mark. Offerten an B. Wauer  
Straßburg erbeten. (588)

Ein Cognac-Haus sucht tüchtige  
Vertreter.  
Adressen werden erbeten an A. B. C.  
St. Meme bei Cognac.

Druck und Verlag der National-Zeitung  
Dr. J. Salomon in Berlin.